

Nachrichten

USA starten verhalten ins Weihnachtsgeschäft

New York. In den USA lastet das langsame Wirtschaftswachstum auf dem Weihnachtsgeschäft des Detailhandels. Der Start am «Black Friday» fiel nach ersten Einschätzungen eher verhalten aus. Viele Warenhäuser waren am traditionell umsatzstärksten Tag des Jahres zwar gut gefüllt, aber der Ansturm hielt sich im Rahmen. Das erhöht den Druck auf die Firmen. Diese erwarten Branchenerlöse von mehr als 600 Milliarden Dollar. SDA

Finma ermahnt Banken erneut

Bern. Kurz nach dem Aufruf des Finma-Direktors am Freitag an die Banken, am Programm zur Beilegung des Steuerstreits mit den USA teilzunehmen, doppelte Finma-Präsidentin Anne Héritier-Lachat am Samstag in einem Zeitungsinterview nach. «Die Banken müssen sich des Risikos bewusst sein, das sie eingehen, wenn sie am Programm teilnehmen oder nicht», sagte die Präsidentin der Finanzmarktaufsicht (Finma) den Zeitungen «Tribune de Genève» und «24 Heures». Die Banken müssen bis am 9. Dezember der Finma melden, ob sie an dem Programm teilnehmen wollen. SDA

Chinesische Industrie wächst weiter

Peking. Die chinesische Industrie setzt ihren Wachstumskurs fort. Der offizielle Einkaufsmanagerindex verharrte im November bei 51,4 Punkten, wie das Nationale Statistikkamt gestern mitteilte. Analysten hatten einen leichten Rückgang erwartet. Der Index hatte bereits im Oktober mit 51,4 Zählern den höchsten Stand seit eineinhalb Jahren markiert. Damit liegt das Barometer über der Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Die Analysten gehen davon aus, dass sich das Wachstum im vierten Quartal verlangsamt. SDA

Länder in Ostafrika planen Währungsunion

Kampal. Die fünf ostafrikanischen Länder Kenia, Tansania, Uganda, Ruanda und Burkina Faso wollen sich eine gemeinsame Währung geben. Damit sollen dem Handel zwischen den Ländern mit ihren insgesamt 135 Millionen Bürgern zusätzlichen Schwung verliehen und vermehrt ausländische Investoren angezogen werden. Die Währungsunion soll binnen zehn Jahren aufgebaut werden und – ähnlich wie die Eurozone – durch eine Zentralbank gesteuert werden. SDA

In der BaZ vor ...

10 Jahren. Die Weitnauer Group of Companies ändert ihren Namen in Dufry Group und vollendet damit die Trennung von Reise-Retailgeschäft und Distributionsgeschäft. Im Retailgeschäft an Flughäfen führte die Firma damals 271 Läden in 32 Ländern. Mitte 2013 unterhielt Dufry insgesamt rund 1350 Geschäfte in 45 Ländern.



15 Jahren. Die Swisscom bekommt im Mobilfunkmarkt Konkurrenz: Das Netz von DiAx, heute Sunrise, wird im Dezember 1998 in Betrieb genommen. Vorerst deckt das Netz aber nur Ballungsräume und die Autobahn ab.

20 Jahren. Der umstrittene Rohstoffhändler Marc Rich verkauft seine Handelssparte an rund 200 Manager der Firma. Später wurde das Unternehmen als Glencore bekannt und fusionierte inzwischen mit dem Bergbauunternehmen Xstrata. Marc Rich starb im Juni 2013 im Kanton Luzern.



Umstrittener Getreideankauf. Die Welthandelsorganisation will Indien dazu bewegen, kein heimisches Getreide zu überhöhten Preisen zu kaufen. Fotos Keystone

Jetzt müssen die Minister ran

Verhandlungen der WTO über Handelserleichterungen sind auf Botschafterebene gescheitert

Von Christian Mihatsch, Phnom Penh

«Viele Mitgliedsländer der WTO haben gesagt, dass das WTO-Ministertreffen in Bali keine Verhandlungskonferenz sein darf. Ich stimme ihnen zu. Es ist nicht machbar. Es wäre nicht erfolgreich», sagt der Chef der Welthandelsorganisation, Roberto Azevedo, über die morgen beginnende Konferenz der Handelsminister auf der indonesischen Insel Bali. Doch genau das wird sie sein: eine Konferenz, wo verhandelt wird. Denn: «Ich werde den Ministern sagen, dass wir wirklich nah an einen erfolgreichen Abschluss gekommen sind, aber dass für uns die Ziellinie einmal mehr unerreichbar blieb.» Da trifft es sich schlecht, dass die umstrittenen Themen «zu viele und zu technischer Natur» sind, um von den Ministern erfolgreich verhandelt zu werden, wie Azevedo sagt.

Doch erst zu den unumstrittenen Themen: Die WTO-Mitglieder haben sich darauf geeinigt, den ärmsten Ländern der Welt einen besseren Zugang zum Weltmarkt zu verschaffen. Dies beinhaltet Herkunftsregeln für Industrieprodukte, einfachen Zugang für Dienstleistungsexporte sowie einen Mechanismus, der den bevorzugten Marktzugang der Entwicklungsländer überwachet. Ausserdem soll den Entwicklungsländern bei der Vereinfachung von Zollformalitäten geholfen werden. Und selbst im Agrarsektor kann die WTO Erfolge vermelden. So soll etwa

der Abbau von Exportsubventionen für Agrarprodukte beschleunigt werden. Ausserdem sollen Importquoten, die eh nicht voll genutzt werden, wegfallen. Dies gilt allerdings nicht für die USA: Als einziges Industrieland haben die USA die Möglichkeit, derartige Quoten zu behalten.

Unüberwindlich waren dafür die Gegensätze bei zwei anderen Themen. Indien beharrt darauf, Nahrungsmittel zu überhöhten Preisen von armen Bauern kaufen zu dürfen. Hintergrund ist ein neues Gesetz: Indien plant, an zwei Drittel der 1,2 Milliarden Inder subventionierte Lebensmittel abzugeben. Und das dazu erforderliche Getreide soll zu einem Preis angekauft werden, der über dem Weltmarktpreis liegt. Doch dagegen laufen die Getreide-exportierenden Staaten Sturm, sowohl Industriestaaten wie die USA als auch Entwicklungsländer wie Argentinien. Um diesen Streit zu entschärfen, hat man sich eigentlich auf eine Art Friedensklausel geeinigt: Die indischen Subventionen sind zwar illegal, aber werden während einer Übergangsperiode nicht vor dem WTO Schiedsgericht angefochten. Damit hätte Indien Zeit, den Getreideankauf zu reformieren. Doch kurz vor Ende der Vorbereitungskonferenz in Genf hat Indien diese Klausel wieder infrage gestellt. Somit könnte sich das Szenario von der WTO-Konferenz im Jahr 2008 wiederholen, wo eine Einigung schliesslich an Indien und den USA gescheitert ist.

Keine Einigung gab es zudem bei der Erleichterung einiger Zollformalitäten. Umstritten ist hier vor allem der Transit von Gütern – ein Thema, das insbesondere für Binnenländer wie die Schweiz oder Nepal von Bedeutung ist.

Auf dem Tisch liegt der Vorschlag, dass die Herkunft der Güter im Transit keine Rolle spielen darf. Doch damit können sich nicht alle Länder anfreunden. Schwierig ist zudem der Transit von Öl und Gas mithilfe von Pipelines. Für die Empfängerländer ist es zentral, dass ihnen die Transitländer nicht einfach die Leitung zudrehen.

Einigung bei Zollformalitäten

Einigung gibt es hingegen bei einigen anderen Themen wie dem Informationsaustausch zwischen den Zollbehörden des Export- und des Importlandes. Ausserdem hat man sich darauf geeinigt, dass alle Zollformalitäten an einem einzigen Schalter abgewickelt werden müssen. Mit derartigen Erleichterungen lassen sich enorme Wohlfahrtsgewinne erzielen: Das Peterson Institute for International Economics hat ausgerechnet, dass durch den Abbau und die Vereinheitlichung von Zoll-

formalitäten das Welt-BIP um 1000 Milliarden Dollar oder um 1,4 Prozent gesteigert werden kann.

Aber das ist nicht der einzige Grund, warum Azevedo die Minister beschwört, alles für einen erfolgreichen Abschluss zu tun. Denn in Bali steht das multilaterale Handelssystem auf dem Spiel: «In Genf haben wir das Ende des Prozesses erreicht. Ein Misserfolg in Bali hätte schwerwiegende Folgen für das multilaterale Handelssystem.» Denn die WTO mit Sitz in Genf hat seit ihrer Gründung im Jahr 1995 noch keinen einzigen neuen Handelsvertrag beschliessen können. Wird Bali ein Flop, besteht die Gefahr, dass viele Länder die WTO als Verhandlungsforum nicht länger ernst nehmen. Zu leiden hätten darunter vor allem die Armen, wie Azevedo warnt: «Nicht einem einzigen Menschen, der in Armut lebt, wird es besser gehen, wenn wir in Bali versagen.»

China blockiert Erleichterungen für Elektronik

Bali. Beim WTO Treffen in Bali sollen auch einige kleinere Handelsverträge erweitert werden, denen nur ein Teil der WTO-Mitglieder angehört. Eines davon ist das Abkommen über Informationstechnologie (ITA). Gemäss diesem Vertrag können Computer und andere Elektronikartikel zollfrei eingeführt werden. Die Liste dieser Produkte stammt aber aus dem Jahr 1996, als es weder Smartphones noch Tablet Computer gab. Aus diesem Grund soll diese Liste nun um 250 neue Produkte erweitert werden. Dagegen wehrt sich ausgerechnet der grösste Exporteur von Elektronik: China. Peking will bei

140 dieser Produkte die Möglichkeit behalten, Zölle zu erheben. Für John Neuffer, den Chef des Information Technology Industry Councils eines Industrieverbands, ist Chinas Haltung denn auch unbegreiflich: «Alle Verhandlungsdelegationen, und ich meine alle, arbeiten sehr hart, um Kompromisse zu schliessen – mit Ausnahme von China. Dabei wird China einer der grössten Nutzniesser dieses Abkommens sein.» China verliere so an Gewicht und er wundere sich, ob dem Land bewusst sei, welchen Einfluss das auf Chinas Beteiligung an anderen Handelsabkommen haben werde. mic

Thailand trotz Unruhen Top-Destination im Winter

Touristen sind von Demonstrationen bisher nicht betroffen – hohe Buchungsstände bei Reiseveranstaltern

Von Alexa Clemenz Berger (SDA)

Bern. Thailand hat sich zur boomenden Reisedestination für Schweizer im Winter entwickelt. Seit Mitte November erschüttert allerdings eine Protestwelle das Land. Schweizer Reisekonzerne sehen dennoch im Moment keinen Grund zur Sorge. Das EDA hat bis dato keine Reisewarnung herausgegeben. Im Grossraum Bangkok ist es zu den heftigsten Demonstrationen und Besetzungen öffentlicher Gebäude seit dem Frühjahr 2010 gekommen. Damals wurden bei der Niederschlagung wochenlang Demonstrationen von Thaksin-Anhängern gegen die damalige Regierung mehr als 90 Menschen getötet und etwa 1900 weitere verletzt.

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) stellt in seinen Reisehinweisen für Thailand fest, dass Demonstrationen und gewalttätige Auseinandersetzungen im ganzen Land, insbesondere in der Regi-

on Bangkok, möglich seien. Das EDA beruft sich auf thailändische Sicherheitskräfte, die wiederholt auf das Risiko von Anschlägen und Sabotageakten hingewiesen hätten.

Tour-Operator beruhigen

Die Schweizer Tour-Operator Hotelplan, Kuoni und Tui Suisse beruhigen auf Anfrage. Die Demonstrationen fänden mehrheitlich in Gebieten oder Regierungsquartieren statt, die nicht von Touristen besucht würden, heisst es. Es bestehe daher kein Grund zur Sorge für Kunden in Bangkok und in ganz Thailand. Touristische Orte seien sicher.

Die Unruhen kommen für die Reisekonzerne dennoch zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Immer mehr Schweizer verbringen nämlich ihre Winterferien in Thailand. Hotelplan spricht von einem stetigen Anstieg der Nachfrage seit rund zwei Jahren. Aktuell liege die Zunahme im Vergleich zum Vorjahr im hohen einstelligen Bereich.

Bei Tui Suisse haben die Buchungen innert Jahresfrist gar zweistellig zugenommen, wie Sprecher Roland Schmid erklärt. Thailand gehöre seit Jahren zu den beliebtesten Zielen von Schweizern. Derzeit seien zwischen 300 und 400 Kunden von Tui Suisse in Thailand. Auch bei Kuoni liegen die Buchungsstände für Thailand derzeit im zweistelligen Prozentbereich über dem Vorjahreswert, so Sprecher Julian Chan.

Die Schweizer Anbieter verfolgen daher die Lage in Thailand sehr aufmerksam, um ihre Kunden, sollte sich die Situation verschärfen, rechtzeitig zu informieren. Stornierungen oder Umbuchungen habe es bisher nicht mehr als üblich gegeben. «Wir erwarten keinen Rückgang bei den Thailand-Reisen, sofern sich die Situation nicht zuspitzt», sagt Hotelplan-Sprecherin Prisca Huguenin-dit-Lenoir.

Die genauen Orte der aktuellen Proteste sind laut EDA nicht vorhersehbar und Streiks können nicht ausgeschlos-

sen werden. Die mobile Kommunikation könne gebietsweise eingeschränkt sein und es könne zu massiven Verkehrsbehinderungen kommen, auch im internationalen Luftverkehr.

Individualreisende und Rundreisekunden starten ihre Thailand-Ferien mehrheitlich in Bangkok. Badeferienkunden fliegen meistens direkt an den Zielflughafen, etwa nach Phuket, und müssen nicht in Bangkok umsteigen.

Das EDA rät, Anweisungen der Behörden zu folgen, genügend Zeit und finanzielle Mittel einzuplanen, im Kontakt mit dem Veranstalter zu bleiben sowie Demonstrationen und Menschenansammlungen zu meiden. Allerdings spitzte sich die Lage am Wochenende zu. Bei den regierungsfeindlichen Protesten sind bis Sonntagmittag vier Menschen getötet und Dutzende weitere verletzt worden. Inwiefern sich dies auch auf die Empfehlungen des EDA auswirken wird, war gestern noch nicht abschätzbar.